

Was unserem Land wirklich schadet

Wohin man auch sieht, überall stößt man auf erhebliche Fehlentwicklungen, die Folgen der Politik in diesem Land sind. Einerseits gibt man vor, die Ostsee schützen und Klärwerke bauen zu müssen und andererseits werden durch den Bau des Kohlekraftwerkes in Lubmin Vergiftungen des Wassers in Kauf genommen.

Die Landesregierung gab im August 2007 die Stellungnahme zur Eutrophierung der Ostsee heraus.

Demnach hat M-V an den Ostsee-Anrainerstaaten einen Anteil von 2 %. 60 - 70% der Nährstoffeinträge stammen aus landwirtschaftlichen Quellen.

82 % der Bevölkerung sind inzwischen an Kanalisation und Klärwerke angeschlossen.

Mit abenteuerlichen Vermutungen und Annahmen wird den verbliebenen Betreibern von Kleinkläranlagen (KKA) ca. ein Drittel der Nährstoffeinträge (in die Ostsee!) zugewiesen (entsprechend müsste dann der Hauptteil aus kommunalen Klärwerken stammen).

Es wird jedoch der Bau von Kläranlagen (bzw. der Anschluss von kleinen Orten an vorhandene KA) weiterhin gefördert (2007-2013 mit 98 Mio. Euro) und auch bei neuen KKA will man die Einleitung des Ablaufes in Gewässer vorschreiben.

Es wäre ja wohl sinnvoller, die Nährstoffe als Dünger zu nutzen, statt sie in irgendwelche Gewässer einzuleiten.

An der Küste ist fast jedes Einzelgehöft an die Kanalisation angeschlossen, mit der Folge, dass die Bevölkerung im ländlichen Bereich unter den hohen Anschlussbeiträgen ächzt.

Es wird beklagt, dass immer mehr Kleingärten brachliegen. Auch dort müssen Trink- und Abwasseranschlüsse bezahlt werden.

Es wird beklagt, dass nur wenige Bürger bereit sind, sich politisch zu engagieren und etliche ihr Glück bei undemokratischen Parteien suchen.

Dazu sollte man wissen, wie M-V aufgebaut ist. 95 % der Gesamtfläche ist dünnbesiedelter ländlicher Raum, in dem (noch) 63 % der Bevölkerung leben. In all diesen Dörfern gibt es nur noch selten Einrichtungen der Grundversorgung, keine Schulen, keine Ärzte, kaum öffentliche Verkehrsmittel, die Wölfe kehren zurück... aber Abwasserkanäle sind gebaut und von den Menschen dort mitfinanziert worden. Ständig wird erzählt, das würde den Wert der Grundstücke heben.

Kein Nachtflugverbot in Parchim, Tiermastanlagen, Windräder und Mobilfunktürme in Dorfnähe, überdimensionierte Müllverbrennungsanlagen, die wohl auch Müll aus Neapel aufnehmen müssen, um sich überhaupt zu rechnen...

Die aktuellen Grundstückspreise sprechen für sich - wer entschädigt uns für den Wertverlust? Wer dafür, dass unsere Kinder wegziehen und wir im Alter hier allein sind?

Und immer wieder werden die Zustände schönegeredet, der Ton gleicht dem der Zeitungsartikel, die heute noch unter alten Tapeten zu finden sind - mit unserer Realität hat das nichts zu tun.

Täglich lesen wir von Investoren, die sich trotz hoher Fördermittel "leider" nicht halten können.

Der größte Hohn jedoch ist der Hinweis der Landesregierung, dass wir dies alles der

"kommunalen Selbstverwaltung" zuzurechnen hätten, unsere Bürgermeister seien Schuld daran.

Durch Zweckverbände, deren Betreiber oder Geschäftsführer werden die ehrenamtlichen Bürgermeister einseitig informiert, Bürgerinitiativen werden seit der Wende belächelt, statt sie ernst zu nehmen, Lobbyisten beeinflussen die Gesetzgebung, Richter halten sich nicht an Gesetze, alles wird immer unverständlicher und unsinniger.

Der Staat begegnet dem Bürger nur noch als misstrauischer, aggressiver Geldeintreiber und denkt sich immer neue Foltermethoden aus, um Unwillige in die Knie zu zwingen.

Die Bürger werden Bauernfängern in die Arme getrieben, die man dann verbieten will, statt die Verhältnisse zu ändern.

"Demokratie von unten" sollte aufgebaut werden, so steht es in unserer Verfassung. Hätte man beizeiten damit ernst gemacht, sähe es anders aus im Land. Jetzt, wo die wichtigsten Entscheidungen gefällt sind, haben wir keine Lust mehr zu entscheiden, ob wir nun rosa oder lila Blümchen haben wollen.....

Maria Rosemeyer, Blievenstorf, den 15. Januar 2008

www.abwasser-marsch.de

- im Netzwerk "Wasser-in-Bürgerhand" -

1. Vorsitzende der BI gegen überhöhte Kommunalabgaben im Landkreis

Ludwigslust e.V.

www.bi-lwl.de